

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann kommen wir zu den dringlichen Anträgen. Da haben wir zwei Anträge, die sich mit derselben Thematik beschäftigen. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir gleich beide gemeinsam behandeln.

1) Schutz von Innenhöfen, Vorgärten und Gartenanlagen im Interesse der bestmöglichen Erhaltung von städtischen Grün- und Erholungsräumen

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! In meinem dringlichen Antrag geht es um den Schutz von Innenhöfen, Vorgärten und Gartenanlagen im Interesse der bestmöglichen Erhaltung von städtischen Grün- und Erholungsräumen. Wie schon der Landesgesetzgeber im Grazer Altstadterhaltungsgesetz ausführt, kommt der Erhaltung der Altstadt von Graz in ihrem Erscheinungsbild, ihrer Baustruktur und Bausubstanz sowie der Aktivierung ihrer vielfältigen urbanen Funktionen ein vorrangiges öffentliches Interesse zu.

Sämtliche Zu-, Um- und Neubauten sind daher unter diesem Gesichtspunkten zu beurteilen.

Zu beachten ist jedoch auf der anderen Seite, dass jeder Bauwerber, dessen Projekt sämtlichen Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes, des Baugesetzes und der vielen Baunebengesetze entspricht, einen Rechtsanspruch auf Bewilligung insgesamt hat.

Gemäß § 4 Ziffer 61 des Baugesetzes ist unter einem Zubau die Vergrößerung einer bestehenden baulichen Anlage der Höhe, der Länge oder Breite nach bis zur Verdoppelung der bisherigen Geschossflächen zu verstehen. Nach dem oben Ausgeführten besteht jedoch die Gefahr, dass durch das Zusammenspiel zwischen der derzeitigen Definition des Zubaus im Steiermärkischen Baugesetz und der Anwendung des Begriffes Zubau für das Verfahren zur Bebauungsplanung gemäß §

27 Abs. 6 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes für eine Stadt auch wertvoller Grünraum verloren gehen kann.

Jüngste Beispiele haben gezeigt, dass auch Bauten mit einer als Brücke ausgeführten baulichen Verbindung zum bestehenden Bau ebenso als Zubau im obigen Sinne zu bewerten sind und dies nicht unbedingt den Intentionen des Gesetzgebers entsprechen kann.

Ebenso ist es nicht zweckmäßig, dass Zubauten nach dem Steiermärkischen Baugesetz im gleichen Geschossflächenausmaß genehmigt werden können und wäre daher hier ein anderer Maßstab anzulegen.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, Möglichkeiten zum Schutz von Innenhöfen, Vorgärten und Gartenanlagen im Interesse der bestmöglichen Erhaltung von städtischen Grün- und Erholungsräumen zu finden und dem Gemeinderat einen Bericht ehestmöglich hierüber vorzulegen (*Applaus ÖVP*).

2) Innenhöfe und schutzwürdige Zonen/Novellierung der Verordnungen

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Es hat natürlich einen gewissen Charme, Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn die zwei Regierungsfractionen so gleich lautende Dringliche stellen. Ich sage dieser Charme in der ersten Sitzung des Jahres sollte ja durchaus beachtet werden. Die Wohn- und damit die Lebensqualität einer Stadt steht untrennbar auch mit dem Grünraum in Verbindung. In diesem Sinne hat Grünraumschutz denn auch eine zentrale Bedeutung für die Stadtentwicklung – und dies ganz besonders auch in den Gründervierteln und gewachsenen Stadtteilen.

Die Stadt Graz versucht diesem Gedanken zwar durch einschlägige Bestimmungen im Stadtentwicklungskonzept beziehungsweise im Flächenwidmungsplan Rechnung zu tragen, doch erweisen sich die betreffenden Verordnungen nicht zuletzt aufgrund nicht exakter Formulierungen zum Teil als zahnlos beziehungsweise weit interpretierbar, wie einmal mehr zwei aktuelle Bauvorhaben zeigen, für die es ja auch Interesse auf der Galerie offensichtlich gibt. Durch die geplante Verbauung eines Innenhofes in der Elisabethstraße droht eine wertvolle Grün-Oase verloren zu gehen, in der Schützenhofgasse wiederum soll sogar ein wertvolles Gebäude aus dem 19. Jahrhundert den Baggern und Spitzhacken zum Opfer fallen, wodurch eine Art zweiter „Fall Kommod“ droht. In beiden Fällen liegen zwar negative Stellungnahmen der Altstadt-Sachverständigenkommission vor, dennoch werden die Vorhaben ungebremst weiter vorangetrieben, sieht man von aktuellen Anlassfällen ab, für die ich besonders auch im Hinblick dem Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Herper:** Na ja, wir sind ja eine ehrliche Regierungsfraktion, die auch anerkennt, wo Leistung Leistung ist, das wird ja wohl zur Kenntnis zu nehmen sein. Zur Vorgeschichte: Die Intention der Stadt Graz wurde bereits Ende 2003 manifestiert, indem der Gemeinderat zum Schutz der Innenhöfe und Grünraum in den gründerzeitlichen Villenvierteln mit ihren wertvollen Substanzen die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes und in der Folge eine Bausperre erlassen hat. Bei Zubauten gibt es nun aber die Ausnahme, dass ein raumplanerisches Gutachten genügt. Was allerdings ursprünglich darauf abgezielt hat, den BürgerInnen bei kleinräumigen Maßnahmen wie Wintergärten oder Erkern aufwändige Verfahren ersparen zu helfen, wird nun zunehmend als Schlupfloch verwendet: Denn bis zu welchen Größenordnungen ein Zubau als solcher definiert ist beziehungsweise was ein Zubau ist und damit unter die Ausnahmeregelung fällt, wurde im Flächenwidmungsplan und im Stadtentwicklungskonzept nicht festgehalten, was

natürlich der Möglichkeit Tür und Tor öffnet, den eigentlichen Verordnungswillen auszuhebeln beziehungsweise zu umgehen. Fazit: In der Elisabethstraße wird jetzt sogar versucht, einen Neubau durchzudrücken, indem man ihn als Zubau deklariert, bloß weil er durch einen acht Meter langen Gang mit einem denkmalgeschützten Gebäude verbunden ist. Die JuristInnen mögen vielleicht noch darüber diskutieren können, das haben sie heute auch sehr ausgiebig auch schon am Vormittag getan oder beziehungsweise jetzt zur Mittagsstunde, ob diese Vorgehensweise de iure dem Flächenwidmungsplan und dem STEK gerade noch entspricht oder bereits widerspricht, de facto kann ein solches Projekt aber kaum der Intention dieser Gemeinderatsbeschlüsse entsprechen, was die Notwendigkeit einer dringenden Novellierung des Flächenwidmungsplanes und des STEK mit einer klareren Formulierung und Definition eines Zubaus beweist. Es war deshalb auch sinnvoll, dass unser Vizebürgermeister Walter Ferk hier die Initiative ergriffen hat in diesem Sinne auch im Interesse der betroffenen Bürgerinitiativen und AktivbürgerInnen und dass es nunmehr auch notwendig erscheint, im STEK und im Flächenwidmungsplan festgehalten, dass Bebauungspläne in so genannten schutzwürdigen Zonen nur im Bedarfsfalle zu erstellen sind. Auch wird von Fachleuten im Sinne der Rechtssicherheit für alle eine Neuformulierung empfohlen, die für diese schutzwürdigen Zonen Bebauungspläne vorab und nicht nur im Bedarfsfall grundsätzlich vorsieht.

In diesem Sinne stelle ich daher Namens der SPÖ-Fraktion den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, unter Beiziehung der ASVK eine Petition an den Steiermärkischen Landtag auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung bis April dieses Jahres vorzulegen, in der das Land Steiermark ersucht wird, im Raumordnungsgesetz die rechtlichen Vorkehrungen zu treffen, damit seitens der Stadt Graz in weiterer Folge die einschlägigen Verordnungen gemäß Motivenbericht dahingehend überarbeitet werden können, dass im Flächenwidmungsplan und im STEK die Bebauungsplanpflicht auch für Zubauten, die ein noch zu bestimmendes Ausmaß überschreiten, festgelegt werden kann. Das Ausmaß der Zubaugröße soll von einer

Expertengruppe definiert werden. Weiters sollen für schutzwürdige Zonen Bebauungspläne nicht bloß für den Bedarfsfall, sondern grundsätzlich vorweg erstellt werden. Ich danke auch dem Stadtrat Rüschi, dass er dieser Letztformulierung seine Zustimmung gegeben hat. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu diesen zwei Anträgen können sich die Grünen natürlich einen Kommentar nicht verkneifen und ich habe jetzt die Ehre, meinem erkrankten Kollegen Hermann Candussi hier die Stimme zu verleihen. Hier gibt es ein E-Mail von heute 10.20 Uhr und ich werde das hier jetzt allgemein zu Gehör bringen:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Tage, da fühlt man sich als Mitglied des Grazer Gemeinderates richtig geborgen, selbst wenn man so wie ich aus Krankheitsgründen nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Heute ist so ein seltener Tag. Heute wird mir, so wie wohl unzähligen Grazerinnen und Grazern, bewusst, wie besorgt die regierungsverantwortlichen Parteien dieser Stadt sich um unser Wohl sorgen. Es ist beeindruckend, als Außenstehender jenem Wettlauf zuzusehen, den sich die Mandatäre von SP und VP auch heute wieder liefern, geht es doch darum, sich als jene einzige Partei zu präsentieren, der der Schutz bedrohten Grünraums ein echtes Anliegen ist. Voller Bewunderung beobachtete ich in den letzten Tagen Vizebürgermeister Walter Ferk, wie er mit sorgenvoll umwölkten Haupt entschlossen, den Zerstörungen des innerstädtischen Grünraums zu Leibe zu rücken gelobte. Wenige Schrecksekunden später folgt der Konter der VP auf dem Fuße. Kollege Topf in der Rolle als the One of the only, wenn es um den tatsächlichen Schutz der Villen, Gärten und Hinterhöfe geht. Trutzig wird da ein Kampf um die Urhebererschaft geführt, der, und das ist das, was mich auch aus der Entfernung durchaus belustigt, in dieser Vehemenz ja gar nicht nötig wäre. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von VP und SP hätten nur eine der vielen Gelegenheiten wahrnehmen müssen, einen unserer vielen Anträge zu den Themen wie zum Beispiel „Qualitative Verbesserungen des Grünraumschutzes im Bauverfahren“ oder „Evaluierung und Novellierung der Grazer Baumschutzverordnung“ oder „Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Vorgärten und Innenhöfen“ zum Beispiel zuzustimmen. Stattdessen waren bislang manche von Ihnen bei diesen Themen ziemlich abgemeldet; wo war die SP bei den

Debatten um die Innenhöfe bisher? Keine, keiner von Ihnen war bei den Verhandlungen um...

Zwischenruf GR. Pleyer: Da haben Sie schon geschlafen.

GRin. **Rücker:** ...ruhig geschlafen in ruhigen Innenhöfen und den Bebauungsplan Maiffredygasse, wo war Ihre kritische Haltung der VP zur Umwidmung des Freilandes am Rotmoosweg? Wo bleibt der Aufschrei über die Pläne zur Verbauung der Engelvillagründe in der Merangasse? Wo war das bisherige Engagement der zuständigen Stadträte Eisel-Eiselsberg und Rüschi um eine Verbesserung des Baumschutzes? Stattdessen sollen wir uns, jüngstes Beispiel, allen bekannt, mittels aphoristisch kurzen Bepflanzungsrichtlinienentwürfen des Baurechtsamtes „pflanzen“ lassen? Zur Erinnerung: Gute Gesetze macht man, wenn man nicht nur einen konkreten Anlassfall vor den Augen hat, den man in Hinkunft verhindern möchte und gute Gesetze macht man dann, wenn man über einen längeren Zeitraum ein Problembewusstsein für die Fragen entwickelt, die man lösen möchte. Ihr bisheriges Verhalten in diesen Fragen trägt nicht zur unbedingten Glaubwürdigkeit bei, dennoch kann ich meine Freude über den Erkenntniszuwachs bei Rot und Schwarz, so spät er auch kommen mag, nicht verhehlen. Unser Ziel war es immer, und das werden Gerhard Rüschi und Detlev Eisel-Eiselsberg bestätigen können, grundsätzliche und rechtliche haltbare Schutzbestimmungen zur Erhaltung der Lebensqualität vor allem in den innerstädtischen Wohnquartieren zu erarbeiten, die abseits der üblichen Ansatzgesetzgebung nachhaltig wirken und in diesem Sinne wird meine Fraktion sicherlich beiden Anträgen mit großer Freude zustimmen und sich an den hoffentlich alsbald stattfindenden Gesprächen zur Verbesserung des Grünraumschutzes aktiv beteiligen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. **Ferk** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Es ist jetzt für mich eigentlich relativ leicht das Wort zu ergreifen. Ich werde jetzt nicht nachfragen, ob der Kollege Candussi Fieber hat heute, aber was ich ihm besonders wünsche mit großer Herzlichkeit, dass er bald wieder gesund ist. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist heute ein sehr wichtiger Tag, denn, wie ich jetzt erkennen kann, geht es gar nicht so sehr um ein Wettrennen der besseren Ideen, sondern es geht einfach darum, dass dieser Gemeinderat, und wie ich annehme, einstimmig, sich den Problemen, die vor allem im Bereich der Gründerzeitviertel, und damit meine ich nicht nur die Altstadtbezirke im Osten von Graz, natürlich auch im Westen, dass wir die heute mit einem dringlichen Antrag möglicherweise einer verbesserten Lösung zuführen. Das ist wichtig, das zeigt, dass wir sensibel im Umgang mit Grünraum, mit der Entwicklung in unserer Stadt umgehen und es zeigt auch, dass uns die Ängste, die Sorgen der betroffenen Anrainer, ob das jetzt in der Schützenhofgasse augenblicklich ist, ob das in der Elisabethstraße ist, in der Beethovenstraße, ja ich könnte an und für sich viele Straßenzüge und Siedlungen aufzählen, die davon betroffen sind, ist es ein möglicher Weg zu zeigen, dass der Grazer Gemeinderat auch in der politischen Verantwortung Lösungen anzustreben hat, die es möglich machen, dass in unserer Stadt, die einmal auch Gartenstadt gewesen ist...

Zwischenruf GRin. Gesek: Noch immer.

Bgm.-Stv. **Ferk**: ...auch das Thema Grünraum wieder in den Mittelpunkt rückt. Weil wir nicht haben wollen, dass die Menschen in unserer Stadt von Problemen belastet sind, ich sage ganz klar, wir haben nicht die beste Luftsituation in der Stadt und dass manche davon, weil sie die Meinung vertreten, es gibt halt eine zu große Baulobby auch. Immer unter dem Deckmantel der Rechtssicherheit, das stelle ich schon fest, weil die Verordnungen, die Gesetze schafft entweder der Gesetzgeber, in dem Fall die Politik. Aber dass es nicht zu weiteren Abwanderungstendenzen kommt, das wollen wir auch verhindern, denn wir wollen eine Stadt auch der Lebensqualität bleiben und daher war es wichtig, einfach einmal die Initiative zu ergreifen auf Grund

der vielen Diskussionen der letzten Wochen und Monate und es geht dabei nicht um die besseren Ideen, es geht einfach darum, im Interesse der Stadt zu arbeiten, Verantwortung zu übernehmen und den Menschen und unseren Bürgerinnen und Bürgern auch den Glauben an die Politik wiederzugeben und ihnen an und für sich zur Seite zu stehen, wenn es Probleme gibt, alles andere ist in dem Antrag inhaltlich fixiert und ich hoffe, dass auch der Landesgesetzgeber den Intentionen des Grazer Gemeinderates entsprechen wird (*Applaus SPÖ*).

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte eigentlich gar nicht wirklich da besonders in Erinnerung rufen, dass ich hier an dieser Stelle gestanden habe beim Bebauungsplan Schützenhofgasse und aus diesem negativen Gutachten der Altstadtsachverständigenkommission auszugsweise zitierte. Ich möchte auf ein anderes artverwandtes Problem hinweisen und es ist teilweise in den Ausführungen von Herrn Mag. Candussi von der Frau Gemeinderätin Rücker schon angeklungen, ich möchte es aber vielleicht hier ganz kurz präzisieren und zwar zuerst ein Zitat aus dem Antrag von Herrn Klubobmann Herper: „Das Ausmaß“, und jetzt lasse ich was aus, „soll einer Expertengruppe definiert werden.“ Diejenigen Damen und Herren, die schon länger sich hier im Hause befinden, werden sich an Diskussionen erinnern, die ich mit dem Herrn Stadtrat Dipl.-Ing. Josel geführt habe über Ausmaß und Größe von Auffüllungen und Abrundungen im Grüngürtel. Jetzt ist es so, hier haben wir eine etwas andere Materie und wir haben hier eine gemeinsame Aktion, mehr oder weniger, deren Zustandekommen ich auch nicht kommentieren will hinsichtlich dieses Punktes Innenhöfe und ich möchte einfach wirklich anmerken, ich würde mir diese Gemeinsamkeit mit mir zusammen auch wünschen, wenn es jetzt darum geht, einmal irgendwo klar-zu-legen, wie groß darf so eine Auffüllung, Abrundung im Grüngürtel sein (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich in den urheberrechtlichen Punktekampf für diese

beiden wichtigen Anträge nicht einmischen, sondern nur ein paar Gedanken grundsätzlicher Art hinzufügen. Durch glückliche Umstände darf ich im Bau- und Raumordnungsausschuss teilnehmen und ich habe dort bemerkt, dass es laufend Probleme gibt bezüglich Auslegung von Verordnungen, Richtlinien und Bestimmungen gegenüber willkommenen Investoren. Ob das im Grüngürtel ist, im Industriegebiet oder sonst irgendwo. Hier, glaube ich, ist es höchst an der Zeit, dass wir nicht mehr nur mehr reagieren, wie es jetzt passiert, sondern wieder offensiv agieren. Dazu ist aus meiner Sicht und aus Sicht unserer Fraktion notwendig, dass sämtliche Verordnungen, Bestimmungen und baurechtliche Abhandlungen einer Evaluierung unterzogen werden, damit wir wieder offensiv uns willkommenen Investoren gegenüber treten können. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren Zuschauer! Ich wähnte mich heute bereits in einem Stück von Johann Nepomuk Nestroy. Fünfmal wurde uns dieser dringliche Antrag von der SPÖ-Fraktion vorgelegt, viermal davon war er, sagen wir so, rechtlich nicht ganz richtig, aber wir helfen gerne mit und jetzt haben wir einen Vorschlag, der rechtlich in Ordnung ist (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Pleyer: Jetzt habt ihr abgeschrieben.

GR. **Schönegger**: Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheint der von uns aufgezeigte Weg, nämlich, das Problem erstens Erkennen, zweitens, den Handlungsweg oder den Handlungsbedarf aufzuzeigen, drittens entsprechend Vorschläge auszuarbeiten, viertens diese Vorschläge dann auch umzusetzen auf Landesebene, auf Stadtebene, auch bis zur SPÖ-Fraktion vorgedrungen zu sein und hat auch im Antragstext selbst seinen Niederschlag gefunden, was uns sehr freut und daher werden wir dem Antrag natürlich zustimmen. Wir stimmen dem Antrag zu,

ich lege aber Wert darauf festzustellen, dass wir dem Motivenbericht nicht zustimmen werden, denn dieser Motivenbericht ist gespickt mit oberflächlichen, ja sogar falschen Tatsachenbehauptungen. Ich möchte jetzt nicht näher darauf eingehen, ich sage nur, auch wenn die betreffenden Materien im Zusammenspiel zugegebenermaßen nicht ganz unkompliziert sind, und darüber hinaus das Verständnis in Bezug auf diese Materien ein hohes Maß an Konzentration erwartet, konnte ich es mir nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass das ein starkes Stück war und eigentlich, und dann höre ich schon auf, ein Nichtgenügend für die Verfasser dieses Motivenberichtes verdient haben. Ende gut, alles gut würde ich sagen, wir haben es jetzt geschafft...

Zwischenruf GR. Herper: Das finde ich nicht sehr souverän.

GR. **Schönegger:** ...daher werden wir, wie gesagt, dem Antragstext selbst ohne Motivenbericht unsere Zustimmung geben und für das nächste Mal würde ich vorschlagen, sich vorweg bei unseren zuständigen Stadträten Detlev Eiselsberg und Gerhard Rüscher zu informieren, denn die beschäftigen sich schon länger und sehr eingehend mit diesem Thema und gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister vor allem mit dem Thema Lebensqualität in unserer Stadt. Ich bedanke mich (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte KollegInnen! Zur Geschäftsordnung. Wenn Sie, Herr Kollege, uns unterstellen, dass wir hier falsche Tatsachen unterbreiten, so verlangen wir, Sie bezichtigen uns hiermit der Lüge quasi, so verlangen wir, dass Sie auch auflisten, welche falschen Tatsache das Ihrer Meinung nach sein sollen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-St. **Ferk**: Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich bin eigentlich jetzt peinlich berührt deswegen, weil es offensichtlich der ÖVP nicht darum geht, Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger anzustreben, sondern offensichtlich noch mit dem einzigen Regierungspartner politisches Kleingeld zu machen. Aber, Herr Kollege Schönegger, Sie sind noch ein junger Kollege, Sie haben noch Zeit, darüber nachzudenken. Tun Sie dies in gebotener Form, denn in einer Sache sind wir uns tatsächlich einig, es geht um die Lösung der anstehenden Probleme, aber nochmals, ich bin in dieser Frage jetzt peinlich berührt (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Wenn jetzt da im Raum steht, dass da einiges nicht oder auch im Motivenbericht auch nach Änderung der Antragsformulierung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) einiges nicht korrekt dargestellt ist und das in Frage gestellt wird, dann muss ich sagen, auch wenn es möglicherweise oder sogar sicher nicht die Intention der Verfasser war, es ist so, dass hier viele Dinge miteinander vermengt werden, dass Sachverhalte aus meiner Sicht vermengt werden, die völlig anders gelagert sind und dass Forderungen daraus abgeleitet werden, die einfach rechtlich nicht umsetzbar sind, in keiner Weise umsetzbar sind, und ich werde nur ein paar Beispiele geben: Wenn im Antrag formuliert wird, dass durch die geplante Verbauung eines Innenhofes in der Elisabethstraße die wertvolle Grünoase verloren geht und eine negative Stellungnahme der ASVK vorläge, es weiters dort heißt, dass man jetzt versucht, einen Neubau durchzudrücken, durchdrücken finde ich sowieso ein sehr eigenartiges Wort in so einem Zusammenhang,...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Kann man im Duden nachschauen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: ...bei uns werden Verfahren ordentlich abgewickelt und nicht durchgedrückt (*Applaus ÖVP*). Wenn daraus abgeleitet wird, dass

Flächenwidmungsplan und STEK novelliert gehören, eine klare Formulierung und Definition des Zubaubegriffs notwendig ist, muss ich sagen, Faktum ist, dass die Regelung, dass für Zubauten kein Bebauungsplan erforderlich ist, sondern eben ein raumplanerisches Gutachten genügt, im Raumordnungsgesetz geregelt ist. Ich kann keine Forderung erheben, eine Verordnung der Stadt Graz zu verändern, die einem Steiermärkischen Gesetz widerspricht und ich glaube, nichts anderes hat Kollege Schönegger gemeint. Das sind Sachverhalte, die vermengt werden und Forderungen rechtlicher Art (*Applaus ÖVP*). Und wenn wir jetzt bei der Elisabethstraße sind, das Stadtplanungsamt hat über Einladung ein Gutachten abgegeben und es ist positiv. Und auch das aktuelle Bauverfahren wurde auch entsprechend den Vorgaben der ASVK mittlerweile adaptiert, es wird auch hier keinen Widerspruch mehr geben. Und was unter einem Zubau zu verstehen ist, ist auch klar formuliert. Der Landesgesetzgeber hat das ganz klar festgehalten und jede Veränderung im Verordnungswege auf der Ebene der Stadt Graz würde wiederum bedeuten, dass wir ein Landesgesetz mit einer Verordnung der Stadt Graz verändern wollen und das geht einfach nicht und nichts anderes wollte der Kollege Schönegger sagen, glaube ich.

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Dann hätte er das sagen müssen.

StR. **Eisel-Eiselberg:** Er wollte wahrscheinlich die Diskussion nicht zu sehr in die Länge ziehen, weil das Ziel haben wir, das gemeinsame, vor Augen. Aber eines, wenn ich jetzt gerade am Wort bin, möchte ich schon sagen. Es wird sehr gerne so in den Raum gestellt, da hätten wir eine Bebauungsplanpflicht überall und vor allem dort, wo es besonders sensibel ist, ja dann würden wir uns gegen Bebauungen wehren können, das stimmt ja nicht, und machen wir doch bitte den Grazerinnen und Grazern und auch uns hier herinnen im Hause nichts vor, eilen wir nicht irgendwelchen Vorgaben nach und Wünschen nach, die nicht erfüllbar sind. Ein Bebauungsplan, wenn er hier im Hause letztlich mit qualifizierter Mehrheit beschlossen wird, würde ja nicht bedeuten, wir können nichts mehr bauen, sondern

es regelt einfach die Verteilung der Baumassen auf einem für Bauzwecke geeigneten Grundstück. Und es wäre in der Elisabethstraße, wenn wir über diesem Fall sind, zum selben Ergebnis gekommen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, aber auch mit einer Bebauungsplanpflicht, vermute ich, wäre dort das gleiche Ergebnis zu erzielen. Und ich glaube, das ist das Wichtigste, was wir im Wettstreit der Ideen, und alle hier im Hause bemühen sich in diesem Wettstreit um gute Lösungen für Graz. Auch in diesem Wettstreit um Ideen müssen wir von vorneherein immer Sorge tragen, dass wir nicht Begehrlichkeiten und Hoffnungen bei den Menschen draußen erwecken, die wir nicht erfüllen können und darum sollte es gehen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Also junger Kollege Schönegger, ich will ja auf die Taktlosigkeiten nicht antworten, weil das ist ja unter dem Niveau auch dieses Hauses, dass wir uns so befelegeln müssen und uns unterstellen lassen. Ich schätze, was der Detlev Eisel-Eiselsberg ausgeführt hat, für eine sehr niveauvolle Antwort. Es ist ein Diskurs, auf den wir eingehen können, wo man den Austausch und den Wettstreit der Ideen hat, da kann man Pro und Kontra abwägen. Ich habe gemerkt in den letzten Tagen und in den letzten Minuten auch noch, wenn Juristinnen und Juristen sich mit der Materie befassen, es gibt durchaus verschiedene Zugänge, Deutungen und Auslegungen. Ich bin nicht so felsenfest wie du in deiner Sicherheit, dass ich gleich was unterstelle, sondern ich meine wir sollten durchaus, und das war die Anregung, die halt ausgegangen ist durch eine Initiative ausnahmsweise einmal sehr stark, diesmal auf einem Feld der ÖVP, von uns aus, dass wir uns damit zu beschäftigen haben. Ich weiß, dass das zuweilen juckt und dann kratzt man sich, Kollege Schönegger, aber ich bin für einen offensiven und für einen sehr niveauvollen Diskurs, wir reden miteinander und wir unterhalten uns auf einem Niveau (*Applaus SPÖ*). Das hat nichts mit Politik zu tun, wir haben hier Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, wir unterhalten uns, was sind die besten Strategien und Vorgangsweisen, ich bin dafür, dass wir trotz alledem euren Antrag unterstützen auch in der inhaltlichen Ausrichtung, wir werden uns auch weiterhin als sozialdemokratische Fraktion um weitere Fragen und auch dafür Sorge tragen, dass das, was wir einverlangt haben, auch eingehalten und vor allem auch durchgeführt wird, das ist unsere Aufgabe. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag von GR. Dipl.-Ing. Topf wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag von GR. Herper wurde einstimmig angenommen.

3) Einrichtung eines „Beteiligungsausschusses“

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Mein dringlicher Antrag befasst sich mit der Einrichtung eines so genannten Beteiligungsausschusses, ich sage das bewusst, weil es nicht um die Einrichtung eines neuen Ausschusses geht, sondern um die Ausweitung der Kompetenz eines bestehenden Ausschusses. Wer heute in der Früh bei der Finanzausschusssitzung die Ehre und das Vergnügen hatte, daran teilzuhaben und im ersten Tagesordnungspunkt in Erinnerung hat, als wir den Steirischen Herbst und die aktuelle Situation dort besprochen haben und die Betretenheit, Betroffenheit bis hin zur Ungläubigkeit, wie bisher politische Kontrolle (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gefehlt hat, dass wir jetzt stehen, wo wir stehen, wird noch einmal darin bestätigt werden, wie notwendig und wie dringend es ist, in dieser Stadt zum Thema Beteiligungscontrolling, Beteiligungsmanagement politische Verantwortung in Bezug auf Gesellschaften städtischen Beteiligungen mehr Augenmerk zu schenken als bisher. Auch deswegen, weil ebengerade im Kulturbereich wieder neue Gesellschaften andiskutiert werden, die Gründung neuer Gesellschaften in Aussicht gestellt wird, greife ich das Thema wieder einmal im Gemeinderat hier auf.

Es wird ja gerne von Kostenersparnis aus Verwaltungsreformen und „schlanker“ Verwaltung geredet. Die prolongierten Einsparungen, vor dem Hintergrund der zunehmenden Auslagerungspolitik betrachtet, zeigen aber klar die Doppelbödigkeit dieser Entwicklungen. Denn parallel zur „Verschlankung“ des öffentlichen Verwaltungsapparates sehen wir uns mit einer stetig wachsenden Parallelstruktur,

wir nennen das inzwischen die Stadt in der Stadt, in Form von Beteiligungen und Gesellschaften konfrontiert.

Das heißt, immer mehr Kernaufgaben der öffentlichen Hand werden den Strukturen und der Steuerung der originären dafür zuständigen Gremien entzogen und in Aufsichtsräte und Vorstandsgremien übersiedelt. Und damit parallel hat sich in der Politik nichts entwickelt, das heißt, die politischen Strukturen im Rathaus sind unverändert geblieben. Wir gehen davon aus, dass eine Anpassung an die Erfordernisse von wachsenden neuen Strukturen, die demokratiepolitisch bedeutenden Veränderungen mit sich bringen, dringend notwendig sind.

Wenn man der Meinung ist, darüber kann man ja auch noch streiten, aber die überwiegende Meinung ist derzeit, dass gewisse Aufgaben kommunaler Grundversorgung durch andere, vornehmlich Private besser und effizienter umgesetzt werden könnten als durch die Stadt selbst, so bleiben vor allem die Fragen der Standards, der Qualität, der Versorgungssicherheit und längerfristige Kostenentwicklung zentrale politische Fragen, die nicht ausgelagert werden dürfen. Die durch die beauftragende Politik zu steuern, zu verantworten und auch demokratisch zu kontrollieren sind. Also das muss gewährleistet sein.

Der von uns schon lange eingemahnte Handlungsbedarf hinsichtlich der folgenden Fragen wurde nun inzwischen auch seitens des Finanzreferenten, wie wir ja deutlich spüren und auch des Stadtrechnungshofes und des Kontrollausschusses schon erkannt. Was sind die Punkte, die uns wichtig sind: Es geht um die Klärung der politisch inhaltlichen Ziele von Auslagerungen beziehungsweise Beteiligungen, die auch mit den Fachausschüssen vorgeklärt werden müssen und wenn notwendig, auch bei bestehenden Gesellschaften eine Neudefinition des Gesellschaftsvertrages, um die städtischen Intentionen, die politische Beauftragung für die Umsetzung von Aufgaben klarer zu definieren. Es geht um die Definition der Funktion von Aufsichtsräten, es geht um vertragliche Leistungsvorgaben in Bezug auf den Umfang, auf die Dauer, auf die Qualität und auch auf die Kostenstrukturen. Es geht um eine regelmäßiges, standardisiertes Berichtswesen, das auch wirklich aussagekräftig ist, es geht um eine verstärkte Rückkoppelung mit dem Gemeinderat und es geht um die Übertragung politischer kommunaler Ziele auf die Beteiligungen,

wie zum Beispiel gleichstellungspolitische Ziele, objektivierte Personalmanagement oder sozial- und ökologiepolitische Zielsetzungen, die sich die Stadt ja gegeben hat, aber es muss auch gewährleisten, dass sie auch in den stadt eigenen Beteiligungen umgesetzt werden.

Was der Grazer Gemeinderat aber nicht hat, ist ein entsprechendes Gremium, das sich vorberatend und in Abstimmung mit den jeweiligen Fachausschüssen allen beteiligungsrelevanten Fragen umfassend widmet. Die derzeitige Organisation des Finanzausschusses, der derzeit als vorberatender Ausschuss immer sehr knapp vor der Gemeinderatssitzung, wie wir wissen, mit extrem hohem Zeitdruck ausgestattet, mit den betreffenden Geschäftsstücken befasst ist, lässt den ausgelagerten Aufgabenbereichen nicht die Bedeutung zukommen, die wir inzwischen allen diesen Bereichen zukommen lassen sollten und die sie dringend benötigen. Das heißt, eine zeitliche und organisatorische Trennung der Beteiligungsfragen von den übrigen Agenden des Finanzausschusses halten wir für dringend notwendig.

Im Sinne einer Anpassung der Politik an die aktuellen politischen Entwicklungen in Bezug auf die Auslagerungen und einer intensiven und übersichtlichen Auseinandersetzung des Gemeinderates mit den stadt eigenen Gesellschaften, stelle ich namens der ALG – die Grünen folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Finanzausschuss soll ab sofort für alle im § 87 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 angeführten Angelegenheiten als „Beteiligungsausschuss“, eben kein eigener Ausschuss, regelmäßig in eigenen Sitzungen tagen, die ausschließlich Beteiligungsfragen behandeln.
2. Die zuständigen Stellen des Magistrat werden beauftragt, die dafür notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

In diesem Sinne ersuche ich und bitte euch um Zustimmung zu meinem dringlichen Antrag.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren, liebe Lisa! Ich kann dem Bedürfnis oder kann das Bedürfnis des Gemeinderates nach einer möglichst transparenten Information über die Beteiligungsverwaltung sehr gut nachvollziehen. Es entspricht auch meiner Absicht, wie ich, glaube ich, in der Vergangenheit nicht nur mehrfach selbst postuliert habe, sondern wie ich es auch schon bewiesen habe. Eine Möglichkeit, Fragen der Beteiligungsverwaltung, soweit sie im Rahmen des Statutes und der gesellschaftsrechtlichen Regelungen tatsächlich auch im Gemeinderat zu beraten sind und vom Finanzausschuss vorzubereiten sind, dadurch einen breiteren Raum zu geben, dass wir eigene Termine des Finanzausschusses vorsehen, die also dann auch den zeitlichen Rahmen ermöglichen, um in Ruhe über die Fragen der städtischen Gesellschaften zu debattieren, dem kann ich mich durchaus anschließen unter der Voraussetzung, dass die Ausschussvorsitzende, die ja die Einladende zu den Ausschusssitzungen ist, dem auch nachkommt. Das müsste natürlich nach den Regeln des Statutes auch so ablaufen, wir können uns auch sehr gerne über geeignete Termine Gedanken machen, weil es auch dann wahrscheinlich nicht sehr sinnvoll ist, direkt im Anschluss an den Finanzausschuss solche Sitzungen stattfinden zu lassen. Es stellt sich auch die Frage, mit welcher Häufigkeit Stücke diese Materie betreffend dem Gemeinderat vorzulegen sind. Ich würde vorschlagen, dass die Routineabwicklung von Beauftragungen und Ermächtigungen, in Gesellschafterversammlungen das Stimmrecht auszuüben, durchaus nach wie vor im Finanzausschuss Platz haben könnten, wenn damit nicht weiter reichende Debatten verbunden sind, aber dass die von mir geplanten Informationsberichte über den Stand der Entwicklung unserer Gesellschaften dann in diesen gesonderten Ausschüssen ausführlich diskutiert werden könnten, weil dann auch der zeitliche Rahmen dafür gegeben sein könnte. Was den Steirischen Herbst angeht, der jetzt sozusagen als Anlassfall hat dienen müssen, möchte ich darauf hinweisen, dass die Steirische Herbst GmbH keine Gesellschaft der Stadt Graz, und zwar die Steirische Herbst VeranstaltungsgmbH, keine Gesellschaft der Stadt Graz war und daher auch in der Vergangenheit

diesbezüglich keine Aktivität aus meinem Ressort heraus möglich oder sinnvoll gewesen wäre. Die neu zu gründende Steirische Herbst GmbH wird selbstverständlich den Beschlüssen des Gemeinderates unterliegen und was ich noch dazusagen möchte, aus dem von mir Gesagten geht klar hervor, dass die SPÖ-Fraktion sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt die Zustimmung geben kann.

GR. Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, Frau Kollegin Rücker! Ich darf namens unserer Gemeinderatsfraktion gleich vorab sagen, dass wir der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zustimmen werden, wiewohl wir zwar zu einigen Punkten in Ihrem Motivenbericht durchaus einen anderen Zugang haben, aber inhaltlich kann und muss es in Zukunft die Herausforderung sein, der wir uns stellen werden, Beteiligungscontrolling, Beteiligungsmanagement wichtig und ernst zu nehmen, wie wir auch, wie ich glaube, die Aufgaben und die Agenden, die unsere Töchter, Firmen und unsere Beteiligungen in der Zukunft wahrzunehmen haben werden, immer dringlicher und wichtiger, ernster genommen werden müssen, das ist, glaube ich, ein sehr, sehr wichtiges Thema aus unterschiedlichsten Gründen und ich habe auch diesen Zugang hinsichtlich der Ausschusssitzungen, dass es durchaus dem Informationstransfer und dem Informationsaustausch zugänglicher und verbessernd ist, wenn wir uns hier diesen Themen in eigenen Sitzungen und nicht in dieser Zeitnot, die Sie angesprochen haben, widmen können. Also unsere Zustimmung habe ich schon erwähnt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Ich möchte nur noch eine Anmerkung machen zum Steirischen Herbst, wie du vorhin angebracht hast. Der Steirische Herbst ist nicht der Anlass für ein gutes Beispiel deswegen, weil im Zuge der Diskussion über den Steirischen Herbst über die Neugründung von Gesellschaften gesprochen wird und genau in dem Kontext wir es für wichtig halten, davor sich klar zu werden, welche Ziele diese Gesellschaft hat und das wäre zum Beispiel auch eine Diskussion, die in so einem Ausschuss stattfinden sollte und das ist der Punkt, wo der Bezug hergestellt wird, und es gab sehr wohl eine politische Verantwortung, die nur jetzt im Nachhinein nicht

festzumachen ist, aber das Präsidium war politisch besetzt und von dem her gibt es sehr wohl....

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nicht bei mir.

GRin. **Rücker:** Nicht bei dir, das will ich damit nicht gesagt haben. Ich danke den Fraktionen, wie ich annehme, habe ich den Eindruck, gehen ja alle mit, habe ich von der KPÖ noch nichts gehört, aber ich nehme es einmal an und von der FPÖ auch, danke für die Einstimmigkeit und freue mich auf die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Videoüberwachung am Jakominiplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zuletzt habe ich im November des Vorjahres in einem dringlichen Antrag angeregt, dass mit der Bundespolizeidirektion Graz Gespräche aufgenommen werden, an welchen Punkten Videokameras zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, errichtet werden sollten. Ich habe nahezu alle Argumente, die für den Einsatz von Videokameras sprechen, erwähnt. Auch habe ich im November darauf hingewiesen,

dass es nicht angebracht ist, sich beim Thema Sicherheit hinter parteipolitischen Überlegungen zu verstecken. Ich unterstelle allen Fraktionen dieses Hauses, dass ihnen der Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung am Herzen liegen. Es ist für mich unverständlich, dass nicht einmal beim Thema Sicherheit und Jugend in Graz die Parteiideologie ausgeklammert werden kann.

Anders nämlich in Kärnten, wo den Meinungen der Experten Glauben geschenkt wird. Ich darf an dieser Stelle zunächst die Meinung des Leiters der Kriminalabteilung der Gendarmerie, Oberst Hermann Klammer, erwähnen, der Überwachungskameras für eine gute Möglichkeit hält, bei wiederholter Sachbeschädigung und Vandalismus den Tätern auf die Spur zu kommen oder diese abzuschrecken. Weiters zitiere ich die Villacher Polizeidirektorin, Frau Stadtrat, wenn du aufpasst, in Villach gibt es eine Polizeidirektorin...

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Alles gehört.

Mag. **Korschelt**: Super, ich sage nur, extra für dich, Esther Krug, die vor allem die abschreckende Wirkung ins Treffen führt und meint, dass die präventive Wirkung eine ganz wichtige ist, weil die Leute in Kenntnis gesetzt werden, dass sie gefilmt werden und eine strafbare Handlung so dokumentiert wird. Auch wird angeführt, dass die Videoüberwachungsanlage ein gutes Mittel sei, um im Bedarfsfall Aufklärungen herbeizuführen. Ich komme von den Experten zu den politisch Verantwortlichen. Für den Villacher Vizebürgermeister Richard Pfeiler (SPÖ) hat sich die Videoüberwachung so bewährt, dass er noch heuer sieben weitere Kameras am Villacher Hauptplatz und in den Seitengassen installieren lassen will.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass der Bürgermeister beauftragt wird, mit dem Ersuchen an die Bundespolizeidirektion Graz heranzutreten, dass zur Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen nach Vorbild der Kärntner Städte Villach, Klagenfurt, Völkermarkt als Präventivmaßnahme und im Bedarfsfalle zur Aufklärung von Straftaten von der Bundespolizeidirektion Graz Videokameras am Jakominiplatz installiert werden (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Manche haben gesagt ein alter Hut oder das Ganze hat schon einen sehr langen Bart. Ich habe was anderes gehört und diese Geschichte möchte ich zuerst erzählen. Und zwar, dass ganz, ganz böse Menschen erzählt haben und berichtet haben, wie sie über den neuerlichen Antrag das vernommen haben, dass der heute schon wieder eingebracht wird, dass dieses erst vor wenigen Tagen im Steiermärkischen Landtag beschlossene Unfugbekämpfungsgesetz möglicherweise auch deshalb in Kraft gesetzt wurde, um hier Anträge, die wiederholt eingebracht werden und die eben der Ablenkung lediglich dienen unter Umständen bekämpft werden könnte, das heißt, dass dieses Gesetz vielleicht wirklich deshalb in Kraft getreten ist, um auch hier vielleicht das eine oder andere hintanzuhalten. Aber das haben wie gesagt, nur ganz, ganz böse Menschen so gesagt, dürfte nicht der Fall sein. Aber jetzt zur Sache selbst. Das ist nicht besonders witzig, dass wir zum x-ten Mal mit diesem Thema hier konfrontiert werden. Und es ist müßig zu sagen und zu behaupten und gerade wir als sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion standen und stehen zum Thema Sicherheit, für mehr Sicherheit, für mehr Polizei, für mehr Präsenz der Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, wir stehen für eine entsprechende Prävention in dieser Angelegenheit und wir stehen auch für sinnvolle Maßnahmen, wenn es um die Bekämpfung von Kriminalität, um die Erhöhung der Sicherheit für Jung, für Alt, für Mann und Frau geht. Aber wofür wir nicht stehen, ist für Pseudomaßnahmen, wir stehen aber auch nicht dafür, dass wir hier Menschen etwas vorspielen, dass etwas für ihre Sicherheit getan wird und letztendlich sind es nur Alibimaßnahmen und sind es möglicherweise Verdrängungsmaßnahmen, die hier passieren in diese Richtung, dass man eben Leute vielleicht vom Jakominiplatz auf den Dietrichsteinplatz verdrängt und vom Dietrichsteinplatz auf den Felix-Dahn-Platz und, und, und. Und

wir müssen uns klar sein, dass es hier andere Maßnahmen sicherlich geben kann und geben wird. Und aus diesem Grund und nicht nur deshalb, weil wir nicht unbedingt überzeugt sind, dass diese Maßnahme jetzt das Gelbe vom Ei, sondern hier zur großen Erhöhung der Sicherheit und zur Fernhaltung von allen Kriminellen aus der Stadt Graz beiträgt, gibt es auch noch andere Gründe, warum wir jetzt und zu dieser Zeit gegen diesen dringlichen Antrag sind. Und ich gebe nur zu bedenken und ich bringe in Erinnerung, dass in wenigen Tagen auf Einladung des Herrn Bürgermeister hier dieser Sicherheitsgipfel stattfinden wird, der letztendlich auch von Ihrer Fraktion, Herr Magister Korschelt, initiiert wurde und wo alle Klubvertretungen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters mit Beteiligung von Expertinnen und Experten, mit der Beteiligung der Grazer Polizei hier tagen wird, um sinnvolle Maßnahmen im Kampf gegen Kriminalität, im Bemühen um mehr Sicherheit, um die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühl für die Grazer Bevölkerung hier zu erzielen. Und ein weiterer Punkt, wo wir nicht einsehen, warum jetzt auf einmal heute und hier so dringlich sein soll diese Videoüberwachung, ist jener Bereich, dass es in wenigen Tagen, und ich hoffe, Herr Mag. Korschelt, dies ein so wichtiges Anliegen ist, wie Sie es immer hier behaupten und immer in Form von dringlichen Anträgen bringen, dass Sie jener sind, der sich dieser Sache besonders annimmt, ich habe es bis heute aber noch nicht vernommen, der sich auch einen Tag Urlaub nimmt und vielleicht nach Wien fährt zu diesem Gespräch des Städtebundes, wo Expertinnen und Experten dort darüber befinden und beraten werden, wie es aussieht hinsichtlich der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen. Auf einmal fehlt hier die Einladung, aber, wie gesagt, ich bin nicht Einlader, es ist der Städtebund, vielleicht ist das an Ihnen vorübergegangen. Aber es macht sicherlich auch öffentlich vielleicht halt mehr Erfolg hier einen dringlichen Antrag zu stellen als sich wirklich Gedanken zu machen, was bringt das für die Stadt, was könnte das für Auswirkungen haben, wie läuft das überhaupt drüber. Und zu guter Letzt, weil Sie der große Vorkämpfer für mehr Sicherheit am Jakominiplatz, und ich sage vielleicht am Jakominiplatz, sind und so tun, als ob alle anderen hier nichts täten und tatenlos zuschauen, muss man sich letztendlich auch eine weitere Frage überlegen, wie sinnvoll es ist, dass wir unter Umständen die wenigen Polizisten, die wir noch haben und die vielleicht auf der Straße gehen, dann in Zukunft in Büroräumen sitzen haben, die dann auf Videogeräte achten müssen und diese betrachten müssen, bei den Abspielgeräten sitzen und schauen, ob rund oder auf dem Jakominiplatz etwas passiert und hier auf

der Straße fehlen. Also viele, viele offene Fragen in dem Zusammenhang, sinnvolle Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität. Aus diesem Grund wird die SPÖ-Gemeinderatsfraktion, na klar, diesem Antrag nicht die Dringlichkeit geben und bekennt sich auch nicht unbedingt zum Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.55 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Das Thema Sicherheit erregt die Gemüter und zwar nicht umsonst. In unserer Landeshauptstadt sind in den letzten Tagen und Wochen viele Vorfälle gewesen, wir haben nicht nur vermehrt in den Geschäften mit Diebstahl und Taschendiebstahl zu tun, wir haben in den Straßenbahnen von Graz Übergriffe an Jugendlichen, vor allem an Mädchen erlebt, wir haben brutales Zusammenschlagen in der Sporgasse einer Geschäftsfrau leider auch aus der Zeitung erfahren müssen, wir haben in den letzten Tagen wiederum Übergriffe gehabt, es sind viele Wohnungen aufgebrochen worden, es sind vermehrt Geschäfte und Büros aufgebrochen worden, erst in meinem Bekanntenkreis vorgestern wiederum eine Kanzlei aufgebrochen und das Geld und einige andere Dinge entwendet worden. Es nimmt leider die Kriminalität in unsere Stadt und in unserem Land zu. Deswegen müssen wir was tun, aber wir sollten jetzt aufhören, da im Gemeinderat herinnen über die Installierung der Kamera am Jakominiplatz zu streiten. Ich habe mich nämlich erkundigt bei der Bundespolizeidirektion, was mit dieser Kamera los sein wird. Und ich sage jetzt auch noch einmal, der Jakominiplatz ist nicht der gefährlichste Platz von Graz, es ist, wenn man einen solchen Platz so benennen will, nach wie vor der Griesplatz, jener Platz, wo die meisten Verbrechen gegen Leib und Leben passieren und nicht der Jakominiplatz. Trotz alledem, und auch auf Grund der Diskussionen, die es gegeben hat, habe ich mir von der Bundespolizeidirektion jetzt folgende Information geholt und damit ist klargestellt, dass eine Kamera auf Grund der neuen Gesetzeslage am Jakominiplatz passieren wird. Die rechtlichen Voraussetzungen wurden mit der SPG-Novelle geschaffen, für Graz ist zunächst die Überwachung eines Platzes vorgesehen, es ist dies der

Jakominiplatz. Eine entsprechende Kriminalitätsanalyse wurde erarbeitet. Die technische Planung wurde polizeilicherseits durchgeführt und dem Innenministerium bereits vorgelegt. Von dort wurde auch das technische Pflichtenheft erstellt. Die Ausschreibung wird in nächster Zeit fertiggestellt, auf Grund der Erfahrungen bei Vergaben im Wege von Ausschreibungen ist mit einer Umsetzung des Vorhabens bis zum Sommer 2005 schon zu rechnen. Die datenschutzrechtliche Mitteilung über die beabsichtigte Anwendung von Videoüberwachungen auf öffentlichen Plätzen durch die Bundespolizeidirektion Graz ist ebenfalls erfolgt. Aus Grazer Sicht wurde das Vorhaben entsprechend aufbereitet, eine definitive Zusage durch das Innenministerium ist noch nicht erfolgt, aber es ist alles vorbereitet. Und ich sage Ihnen auch, auch Ihnen Herr Gemeinderat, es werden Polizisten da nicht vor den Kameras sitzen und dann nicht auf der Straße sein, sondern es wird aufgezeichnet und man kann damit auch zwei Dinge tun, präventiv abschrecken, weil Menschen, die dort Verbrechen begehen wollen, einfach wissen, dass sie aufgezeichnet werden und dann kann man sie auch danach überführen und es ist auch durch die Überwachung mit Kameras schon möglich gewesen, die Fluchrichtung festzustellen und dadurch einzugreifen. Und deswegen halte ich in dieser Angelegenheit auch namens der ÖVP-Fraktion fest, dass die Angelegenheit wirklich dringlich ist, wir dem Antrag auch zustimmen können, aber noch einmal sagen möchte, es ist bereits in Arbeit, es wird passieren, noch im heurigen Jahr (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Danke für Ihre Wortmeldung, es freut mich natürlich, wenn es in nächster Zeit zu dieser Überwachung kommt, dafür einmal einen herzlichen Dank von meiner Seite her. Zum Kollegen muss ich sagen, ich weiß nicht, es gibt einen Faschingdienstag, es gibt einen unsinnigen Donnerstag, bei deiner Rede kommt mir fast vor, es handelt sich ein bisschen um einen unsinnigen Donnerstag. Weil mit solchen Angriffen daherzukommen und zu sagen, nimm dir Urlaub und Fahr nach Wien zu einer Veranstaltung, da kann ich genauso

sagen, warum habe ich mir heute nicht Urlaub genommen, ich bin nicht nach Amerika zum Präsidenten gefahren? Weil ich nicht eingeladen war. Ich kann nicht durch ganz Österreich fahren und fragen, wo es irgendwelche Veranstaltungen gibt oder was. Du bist ja wohl ein Scherzkeks, weil mit der selben Argumentation könnte ich heute sagen, warum bin ich nicht in Amerika, das würde mich auch interessieren. Und dann das andere, ich finde nur etwas merkwürdig dann, da gibt es eine SPÖ-Fraktion, eine österreichische und ihr seid ja immer bemüht, dass ihr eine Partei seid, und dann gibt es in Villach eine doch sehr starke Ortsgruppe...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das bringt uns in der konkreten Fragestellung zum Jakominiplatz nicht weiter.

Mag. **Korschelt:** Na Moment, lasse mich jetzt einmal reden bitte. Da gibt es doch eine sehr starke Ortsgruppe, eine sehr starke SPÖ-Fraktion in Villach, ich darf nur zitieren: Bürgermeister Hans Manzenreiter, SPÖ, Vizebürgermeister Richard Pfeiler, SPÖ, Vizebürgermeisterin Mag. Gerad Sandrieser, SPÖ, Stadträtin Mag. Hella Schaumberger, SPÖ, Stadtrat Karl Schobe, SPÖ, also...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Sie können uns nicht für die Kollegen verantwortlich machen.

Mag. **Korschelt:** ...und unter anderem im Stadtsenat gibt es dann ein Mitglied, das ist der Stadtrat Walter Lang, FPÖ, und ein Mitglied der Stadtrat Kammerrat Helmut Hinterleitner. Also ich meine, da kann man nicht unbedingt reden, dass es sich hier um eine...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Selbstverständlich, die ist im Internet nachzuschauen, aber Sie werden Ihre Parteikollegen wahrscheinlich kennen und da wundert es mich, dass es auf einmal so eine Differenz gibt zwischen Graz und Villach. Weil was unbedingt in Villach gut ist, wo der Grund dann....

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Natürlich, ich werde einen Antrag so oft stellen, bis er endlich, und das freut mich, dass der Herr Bürgermeister das gesagt hat, dass endlich einmal ein Antrag, den wir gestellt haben, dass der endlich einmal erfüllt wird, um mehr geht es ja nicht. Es mag sein, dass du vielleicht Anträge stellst für nichts. Aber ich, wenn ich einen Antrag stelle, will ich haben, dass er erfüllt wird, das ist an sich das Logische, ich werde nicht einen Antrag stellen, dass ich von vorneherein ausgehe, dass er nicht erfüllt wird.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ein Teil davon haben wir sicher gelöst, dann frage eben deine Kollegen oder Genossen in Villach, der sogar sagt, der Vizebürgermeister, er ist sogar froh, er will sechs zusätzliche Kameras installiert, nicht nur am Hauptplatz, sogar auch in den...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Er kann sich von mir aus im Schlafzimmer eine Kamera installieren.

Mag. **Korschelt:** Ja das weiß ich nicht, Kollegin, ich hindere Sie nicht, Kollegin, auch in Ihrem Schlafzimmer können Sie auch ruhig eine Kamera installieren, das ist mir wurscht (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Sie können es von mir aus am Jakominiplatz übertragen dort, also das...

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, wir sind bei der Dringlichkeit.

Mag. **Korschelt:** Ich will nur sagen, wollte nur unterstreichen, dass ich diese Wortmeldung von Herrn Gemeinderat als unqualifiziert betrachte (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl:** Damit ist die Dringlichkeit aberkannt, die Kamera kommt im Sommer.